

Wahlprüfsteine zur OB-Wahl 2025 des ADFC – FDP-Antworten

1. Um Schüler und Studenten dazu zu bewegen, ihre Wege mit anderen Verkehrsmitteln als dem Auto zu bestreiten, müssen diese auch echte Alternativen darstellen. Das bedeutet, dass sie zuverlässig und sicher sein müssen.

In Bezug auf den ÖPNV muss weiterhin gewährleistet sein, dass zum Schulbeginn und Schulschluss genügend Busse zur Verfügung stehen, um dem teils großen Andrang gerecht werden zu können und Schüler nicht lange auf die nächste Verbindung warten müssen.

Um Studenten den Weg zur Hochschule zu erleichtern, fordern wir die Einführung eines Expressbusses, der die Innenstadt mit dem Hauptbahnhof verbindet. Durch ihn können Studenten und andere Pendler wertvolle Minuten auf ihrem Weg in die umliegenden Städte sparen. Die Expressbusse sollen sich an den Linien 681 und 682 orientieren.

Neben dem ÖPNV stellt auch das Fahrrad eine sinnvolle Alternative zum Auto dar. Knackpunkt sind hier vor allen Dingen das löchrige Radwegenetz und mangelhafte Abstellmöglichkeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass es an jeder Schule Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden. Zudem sollen Löcher im Radwegenetz vor allem auf Schulwegen geschlossen werden, um ein sichereres Fahren zu ermöglichen.

Eine pauschale Summe an Finanzmitteln kann hier nicht beziffert werden. Uns ist bewusst, wie es um den Haushalt der Stadt Solingen steht. Es bedarf Einsparungen in der Verwaltung bei gleichzeitiger Stärkung der Einnahmen durch Gewerbe, um Finanzmittel zu generieren, die in die Stärkung der Mobilität in unserer Stadt gesteckt werden können.

2. Wir setzen uns für mehr Fahrradständer und insbesondere abschließbare Fahrradboxen an Bahnhöfen und (abgelegenen) Bushaltestellen ein, um Bike-and-Ride zu ermöglichen. Ferner sollen an belebten Orten Plätze für Abstellmöglichkeiten gefunden werden, möglichst ohne einen Wegfall von Parkplätzen.

3. Wir wollen, dass sich auch ältere Menschen sicher und selbstbestimmt durch unsere Stadt bewegen können – unabhängig von Mobilitätseinschränkungen. Daher muss gewährleistet sein, dass Gehwege stets in einem guten Zustand sind. Die Verwaltung soll dazu einen digitalen Kataster erstellen, in dem der Zustand aller Gehwege erfasst wird. Auf dieser Basis sollen Sanierungsprojekte besonders auf stark genutzten Routen zu Ärzten, Nahversorgung und öffentlichen Einrichtungen priorisiert werden. Daneben

soll es ein digitales Meldesystem für Bürger geben, über welches Schäden an Gehwegen einfach gemeldet werden können.

Gehwegblockaden zum Beispiel durch unerlaubt aufgesattelte Fahrzeuge sollen konsequent geahndet werden. Dort, wo die Gehwegbreite das Aufsatteln an sich ermöglichen würde, soll bei zukünftigen Sanierungsarbeiten die dafür notwendige Statik hergestellt werden. Der Zustand der Gehwege und das sichere Benutzen dieser haben aber stets Vorrang.

4. Eine moderne Stadt braucht nicht nur Leuchtturmprojekte, sondern auch die Verlässlichkeit, dass diese in Schuss bleiben. Daher soll es zu jedem Neubau- oder Ausbauprojekt einen verbindlichen Finanzierungsrahmen für den gesamten Lebenszyklus geben. So wird die Unterhaltung nicht zum nachträglichen Problem, sondern ist von Anfang an Teil der Planung.

Um den Zustand der Verkehrswege zu überwachen, soll die Stadt auf smarte Software setzen. Über diese kann der Zustand der Straßen einfach erfasst und verwaltet werden. Dies spart der Verwaltung Ressourcen und verhindert Sperrungen oder teure Notmaßnahmen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Förderprogramme von Bund und Land auch für die Sanierung maroder Verkehrswege und nicht nur für Neubauten verwendet werden können. Das wäre ein nachhaltiger Reformschritt in der Landes- bzw. Bundespolitik.